

# f 3

## **POLITIK FÜR MORGEN**

(Bundesfrauen-  
konferenz  
Saarbrücken 1968 —  
Nachdruck)

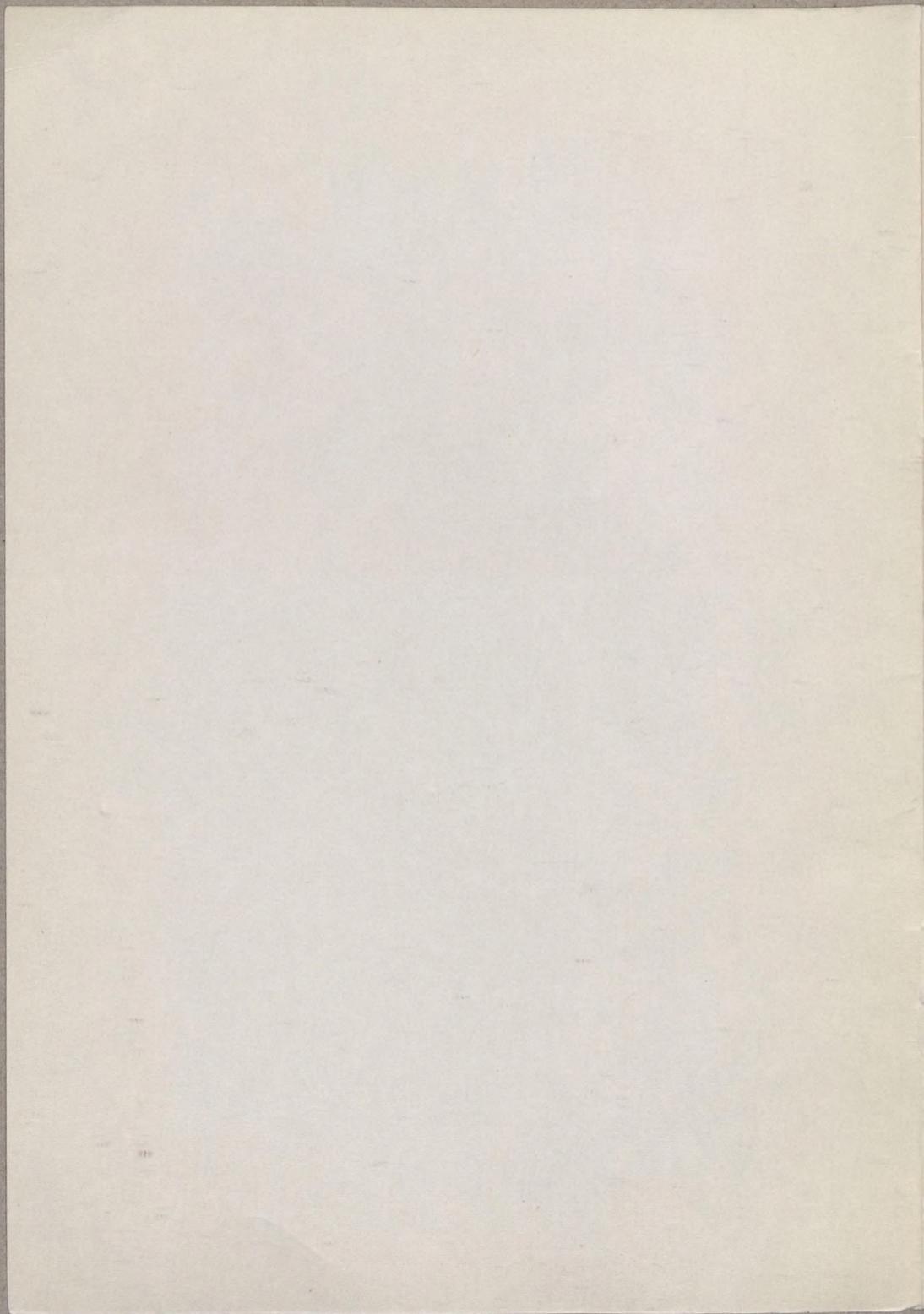
Käte Strobel  
Bundesminister  
für Jugend, Familie und  
Gesundheit

Herausgeber:  
Vorstand der SPD, Bonn

Reihe Frauenpolitik  
Heft 3

**SPD**

A 98 - 04395



# f 3

## POLITIK FÜR MORGEN

(Bundesfrauen-  
konferenz  
Saarbrücken 1968)

Käte Strobel  
Bundesminister  
für Jugend, Familie und  
Gesundheit

Herausgeber:  
Vorstand der SPD, Bonn

Reihe Frauenpolitik  
Heft 3

# SPD



A 98 - 04395

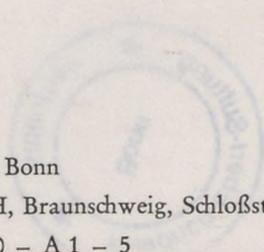


POLITIK  
FÜR  
MORGEN

(Bundesstraßen-  
kongress  
Saarbrücken 1988)

Kate Strobel  
Bundesminister  
für Jugend, Familie und  
Gesundheit

Herausgeber:  
Vorstand der SPD, Bonn



Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn

Druck: braunschweig-druck GmbH, Braunschweig, Schloßstraße 8

7-70 - A 1 - 5

SPD  
2

Meine Damen und Herren,

liebe Genossinnen und Genossen!

Als gestern die Delegierten dieser Bundesfrauenkonferenz auseinandergingen, standen noch lange in und außerhalb der Kongreßhalle Gruppen beieinander, die lebhaft die Probleme weiterdiskutierten. Das wird sich, so hoffen wir, zu Hause in den Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen fortsetzen. Um was ging es dabei?

Nachdem am Freitag in drei großen Referaten zum Gesamthema unserer Konferenz „Mit uns die Zukunft bauen“ von wissenschaftlich arbeitenden sozialdemokratischen Politikern — Frauen und Männern — Analyse und Konsequenzen vorgetragen worden waren, haben wir am Samstag in drei Arbeitsgemeinschaften die Diskussion der Themen vertieft. Dabei standen, wenn ich es recht verstanden habe und richtig wiedergebe, worum ich mich bemühe, folgende Probleme im Vordergrund:

### **Ausbau der Demokratie**

Wie kann bei zunehmender Technisierung und Organisierung vieler Bereiche des Lebens der für die Demokratie und die Menschenwürde unerläßliche Freiheitsraum ausgebaut und geschützt werden, und was ist zu fördern und zu ermutigen, daß er auch geschätzt und genutzt wird?

Was ist geschehen, und was muß geschehen, um die Demokratisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft progressiv zu entwickeln und die Chancengleichheit der Menschen zu verwirklichen?

### **Verwirklichung der Chancengleichheit**

Welche Wegweiser für die Organisation der menschlichen Gesellschaft können und müssen wir haben und liefern, um dem Anspruch des demokratischen Sozialismus und der Herausforderung durch die junge Generation gerecht zu werden?

Wie erreichen wir, daß die zweite Welle der Emanzipation zu einer Integration der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen führt?

## **Integration der Frauen**

Was kann in und von der SPD besser gemacht werden, um ihre politischen Leistungen für die Menschen in unserer Bundesrepublik allen besser deutlich und bewußt zu machen, um die Chancengleichheit, insbesondere auch für die Frauen, zu verwirklichen, um das Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten und ihren Willen zur politischen Führung überall zu stärken?

## **Leistungen der SPD in der Bundesregierung**

Unbestritten blieb auf dieser Konferenz, daß es den Sozialdemokraten in der Großen Koalition gelungen ist, von einer Politik des Treibenlassens — die das Merkmal der Regierungskoalition CDU/FDP unter Erhard war — zu einer Politik der Vorausschau und Planung zu kommen. Die mittelfristige Finanzplanung, von führenden CDU/CSU-Politikern noch im Sommer 1966 als Träumereien am SPD-Kamin bezeichnet, ist heute verwirklicht. Durch das weitgehend von Sozialdemokraten geformte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz sind die Voraussetzungen für eine umfassende Steuerung des Wirtschaftsablaufes geschaffen. Erstmals und endlich wird jetzt für Ruhr und Saar aktive Strukturpolitik betrieben. Das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit und der finanziellen und wirtschaftlichen Krise ist gebannt. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat in der Regierungsverantwortung ihre Bewährungsprobe bestanden, sie hat zur Überwindung der Krise und zur Einleitung eines neuen Wirtschaftswachstums geführt. Damit sind die materiellen Grundlagen für eine Politik, die sich an einer besseren Zukunft orientiert und die Prioritäten am Maßstab sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Freiheit und humaner Chancengleichheit setzt, gerettet. Wer diese materiellen Grundlagen unterbewertet, mag dafür edle, ideelle Motive haben, die reale Wirklichkeit und die geschichtliche Erfahrung sprechen für ihre Bedeutung.

Aber wirtschaftliches Wachstum, technischer Fortschritt und finanzielle Stabilität sind nicht Selbstzweck. Sie sind Voraussetzung für die Erfüllung der großen Gemeinschaftsaufgaben.

## **Humanisierung der Alltagswelt**

In allen Referaten und vielen Diskussionsbeiträgen dieser Konferenz kam immer wieder zum Ausdruck, daß die generelle Bildungsreform als Voraussetzung für Chancengleichheit und Entwicklung ungenutzter Begabungen, die Beseitigung autoritärer Strukturen im Hochschulwesen und in bestimmten

gesellschaftspolitischen Bereichen und die Humanisierung der Alltagswelt, insbesondere auch unserer älteren Menschen, eine zwingend rasch zu bewältigende Aufgabe der Politik ist. Viele Beispiele wurden angeführt dafür, wo und wie man den Freiheitsraum des einzelnen verbessern, schützen und ausbauen kann und muß. Leidenschaftlich und eindringlich wurde auf dieser Konferenz immer wieder gefordert, daß in diesem unserem demokratischen Staat Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden müssen, daß dafür die besten Ansätze von Sozialdemokraten gemacht wurden, daß es vielen damit aber zu langsam und zu unverbindlich voranginge und daß deshalb größere Anstrengungen aller und ein breiteres und tieferes Engagement dafür nötig sei.

Bei aller Notwendigkeit und Bereitschaft zum kritischen Dialog, hat die hin und wieder aufkommende Neigung zur Selbstbezüglichkeit weitgehende Ablehnung erfahren. Ebenso klar wurde der Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit eine Absage erteilt.

## **Respektierung der Freiheit des anderen**

Als eine unverzichtbare Spielregel der Demokratie, deren Einhaltung wir auch von der drängenden jungen Generation verlangen müssen, wurde die Toleranz apostrophiert. Toleranz ist ein Gebot der Demokratie, das auch der Achtung vor der Würde des Menschen entspringt. Wenn wir, was als besonders den Frauen angemessene Aufgabe betont wurde, wenn wir den humanen Staat, die Vermenschlichung der Gesellschaft wollen, dann müssen wir vor allem und von allen Toleranz und die Respektierung der Freiheit des anderen verlangen und praktizieren.

## **Im Mittelpunkt: die Mitbestimmung**

Die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Partner in allen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist auf dieser Bundesfrauenkonferenz immer wieder als ein unverzichtbarer Bestandteil einer verwirklichten Demokratie bezeichnet und ihre fortschreitende Verwirklichung gefordert worden. Im Mittelpunkt stand dabei das Problem der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft. Anerkannt wurde, daß die SPD in der Großen Koalition die Aushöhlung der Mitbestimmung in der Montanindustrie verhindert hat. Aber es wurde ebenso begrüßt und erwartet, daß die SPD-Bundestagsfraktion noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes und zur Ausdehnung der Mitbestimmung auf andere Wirtschaftszweige vorlegen wird.

## **Mangelndes Engagement fördert den Rechtsradikalismus**

Die Aufforderung zur Mitbestimmung als Losung für die Förderung des Demokratisierungsprozesses in Staat und Gesellschaft wurde aber auch und immer wieder an sich selbst, insbesondere an die Frauen gestellt, die von ihren Rechten und von der vorhandenen Freiheit nicht immer und oft nicht den richtigen Gebrauch machen. Die Motivierung dieser Forderung ist vielfach begründet. Sie entspringt auch der Sorge, daß sowohl mangelndes Engagement der demokratisch gesinnten Kräfte als auch die bloße Beschwichtigung der ständigen Verketzerung der demokratischen Einrichtungen unseres Staates, und ebenso die Unfähigkeit, aus der Geschichte zu lernen und Konsequenzen zu ziehen, dem Rechtsradikalismus in Deutschland neuen Auftrieb geben.

Während sich der Linksradikalismus demokratisch zu legitimieren versucht, ist der Rechtsradikalismus — bei uns ausgedrückt in der NPD — immer und überall antidemokratisch.

Wir sozialdemokratischen Frauen widersetzen uns leidenschaftlich dem antidemokratischen, im tiefsten Sinne auch antihumanen Nationalismus und warnen jeden vor der Mitläuferschaft in der NPD. Wer glaubt, seine Unzufriedenheit und Ungeduld mit der Entwicklung der Weltgeschichte und der Unvollkommenheit unseres Staates durch eine Stimmabgabe für die NPD ausdrücken zu können, schadet sich selbst, seinen Kindern und dem deutschen Volk. Das beste Mittel, die Zahl der Irrgläubigen, der Nationalisten und Antidemokraten zu dezimieren ist eine echte soziale, demokratische, freiheitliche, rechtsstaatliche Politik, sind aktive Demokraten. Zu den betonten Aussagen der Konferenz gehören die folgenden:

## **Noch nicht genug Freiheit**

„Aktive Demokraten wissen, daß es keine konfliktlose Gesellschaft geben kann, daß die Spannungen einer sich verändernden Welt ausgetragen werden müssen; daß sich aber gerade darin die Demokratie bewähren muß, daß wir sie als eine Humanisierung der Auseinandersetzungen und des Zusammenlebens der Menschen begreifen. Durch das Wirken der Sozialdemokraten haben mehr Menschen heute mehr Freiheit, mehr materielle Güter, mehr soziale Sicherheit, auch mehr Demokratie als je zuvor.“ Aber sie haben noch nicht genug. Es bleibt uns noch viel, noch sehr viel zu tun. Lassen sie mich dazu auch einiges aus meinem speziellen Arbeitsbereich sagen.

Heute sterben in unserem Lande keine Kinder mehr an Hunger, aber allzu-viele werden vom Straßenverkehr gemordet. Heute haben wir die Infektions-krankheiten beherrschen gelernt, aber die neuen Umweltschäden und Zivilisa-tionskrankheiten richten viele Menschen frühzeitig zugrunde.

Friedrich Nietzsche schreibt man das Wort zu:  
„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“

## **Gesundheit – eine Voraussetzung für Lebensglück**

Eine Politik für morgen muß sich auch der Vorsorge für die Gesundheit ver-schreiben, denn Gesundheit wünschen sich selbst und anderen heute wie früher die Menschen, weil sie wissen, daß Gesundheit eine wesentliche Voraussetzung für Lebensglück ist. Gesundheit ist für den einzelnen und seine Familie von entscheidender Bedeutung für die Teilnahme an Fortschritt und Wohlstand.

Gesundheit ist aber zunehmend vielfältigen Gefährdungen ausgesetzt. Zugleich wachsen aber auch die Möglichkeiten und Chancen, die Gesundheit zu schützen, sie wiederherzustellen und kranken und behinderten Menschen Lebenshilfen zu geben.

Die Umweltgefahren in der hochindustrialisierten Gesellschaft nehmen zu. Müssen wir diesen Preis für Wohlstand und technischen Fortschritt bezahlen, oder ist ausreichender Schutz möglich oder zu schaffen?

Dank des medizinischen Fortschritts und der sozialen Entwicklung unserer Gesellschaft ist es gelungen, Lebenserwartung und Lebenschance im Laufe der letzten Jahrzehnte zu verdoppeln. Die Aufgabe von heute und morgen heißt: „die so gewonnenen Jahre mit echtem Leben zu erfüllen“. Die heute so weit verbreiteten Krankheiten der zweiten Lebenshälfte wie vorzeitige Herz- und Kreislaufschäden, Krebs, Rheuma, Diabetes, psychische Störungen — um nur die wichtigsten zu nennen — müssen und können eingedämmt werden.

## **Erforschung von Umweltschäden**

Hier gilt es, die Erforschung, Früherkennung und Bekämpfung voranzutreiben und die auf gesicherten wissenschaftlichen Ergebnissen basierende Aufklärung zu intensivieren. Als wichtiger Beitrag für eine wirksame Verhütung und Bekämpfung chronischer Krankheiten ist vom sozialdemokratischen Gesund-heitsminister im vergangenen Jahr beim Bundesgesundheitsamt in Berlin eine neue wissenschaftliche Abteilung „Erforschung von Umweltschäden und Zivi-

lisationskrankheiten“ geschaffen worden. Diese Forschungsabteilung soll mit modernsten Methoden den Gesundheitsstand und die Krankheitshäufigkeit in der Bevölkerung beobachten und die Beziehungen zwischen Gesundheit und Krankheit einerseits sowie wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen andererseits analysieren. Sie soll die Bedingungen, unter denen Umweltschäden und Zivilisationskrankheiten entstehen und sich verbreiten, klären. Ihre praktische Hauptaufgabe wird aber die Entwicklung von Verfahren zur Verhütung von Gesundheitsschäden und zur Früherkennung von Krankheiten sein, also zur Gesundheitsvorsorge im weitesten Sinne.

## **Früherkennung der Krankheiten**

Die ersten Modelluntersuchungen, die der Früherkennung besonders weit verbreiteter Krankheiten des Erwachsenenalters dienen, werden bis Mitte des Jahres 1969 durchgeführt sein. Filteruntersuchungen richten sich z. B. auf die chronische Bronchitis, auf die Krankheiten des Herzens und der Gefäße, die Leiden der Leber, der Nieren, des Stoffwechsels. Wir bedienen uns bei diesen Untersuchungsaktionen modernster elektronischer Verfahren und weitgehend automatischer klinisch-chemischer Untersuchungsmethoden. Die Ergebnisse werden in engster Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und den Ländern umgemünzt in ein breites Gesundheitsvorsorgeprogramm für Erwachsene. Damit soll die vorbeugende Medizin, die man heute als die Medizin der Zukunft bezeichnet, schon in der Gegenwart unserer Bevölkerung zugute kommen.

Die Arbeit dieser neuen Abteilung, die zu einem eigenen Institut ausgebaut werden soll, wird eng verflochten sein mit den Aufgaben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Gestern konnte für die Konferenzteilnehmer hier der Gesundheitskompaß verteilt werden, den wir zusammen mit der Aktion Gemeinsinn herausgegeben haben. Durch die Arbeit der Bundeszentrale, die eine nachgeordnete Behörde des Gesundheitsministeriums ist, sollen die Menschen durch gezielte Aktionen dazu geführt werden, möglichst gesundheitsgemäß zu leben, durch die Forschungsabteilung sollen drohende Krankheitsentwicklungen in ihren Frühstadien erkannt werden — noch bevor die Betroffenen selbst etwas merken —, damit man ihnen gezielt entgegenwirken kann.

## **Erforschung der Krebsursachen**

Der Krebsbekämpfung dient besonders der Auf- und Ausbau des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg. Einrichtung und Ausbau von Krebsregistern, zunächst im Saarland (Flächenstaat) und in Hamburg (Großstadt)

dienen der Sammlung und Auswertung von Unterlagen über alle Krebskranken und sind ein wichtiger Schritt vorwärts, um die ursächlichen Faktoren des Krebses besser zu erfassen, Krebsleiden früher zu erkennen und gleichzeitig die wichtige Nachsorge bei Krebskranken zu intensivieren.

Ebenso bedeutsam wie die wissenschaftliche Erforschung der Krebsursachen ist die wirksame Früherkennung und Frühbehandlung des Krebses. Sie hängt entscheidend davon ab, daß die Bevölkerung gründlich über die Warnsignale und die Chance einer frühzeitigen Behandlung unterrichtet wird und daß die Untersuchungsmethoden zur Früherkennung verbessert und vereinfacht werden. Das Bundesministerium für Gesundheitswesen ist darum durch eine Reihe von Maßnahmen bemüht.

Jetzt wird auch endlich das seit langer Zeit geforderte Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information errichtet. Es soll mit Hilfe moderner elektronischer Datenverarbeitungsanlagen die in- und ausländische medizinische Literatur erfassen, speichern und den praktisch und wissenschaftlich tätigen Ärzten, den Kliniken und Forschungsinstituten in Form eines ständigen Informationsdienstes und durch Beantwortung von Einzelanfragen zugänglich machen.

## **Schwangerschaftsvorsorge verhindert Säuglingssterblichkeit**

Mit der Einführung der Schwangerenvorsorgeuntersuchungen und der Krankenhausentbindung als Regelleistung der Krankenkasse ist nach langem, zähem Ringen ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Gesundheitshilfe für Mutter und Kind getan worden, um die Müttersterblichkeit und Säuglingssterblichkeit noch weiter zu senken. Als erster Erfolg ging im vergangenen Jahr die Mütter- und Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik erheblich zurück. Während bei hunderttausend Geburten im Jahre 1966 noch rund 65 Mütter starben, waren es 1967 zwar noch rund 58, aber immerhin starben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 100 Mütter weniger als 1966, ein schöner Erfolg unserer gemeinsamen Bemühungen. Auch die Säuglingssterblichkeit (gestorben im ersten Lebensjahr von tausend Lebendgeborenen) nahm von 23,6 auf 22,5 ab. 1967 blieben dadurch über 1500 Säuglinge mehr am Leben als im Vorjahr. So erfreulich diese Entwicklung auch ist, dürfen wir doch nicht verkennen, daß gerade auf diesem Gebiet noch viel zu tun ist. Von der jetzt erfolgten Einführung der Krankenhausentbindung als Regelleistung der Krankenkassen sowie von der allgemeinen Einführung des Mutterpasses erhoffe ich mir gerade auf diesem Gebiet weitere Erfolge.



Die Schwangerenberatung muß nun aber dringend ergänzt werden durch eine verbesserte medizinische Betreuung vor allem der Neugeborenen und der Kleinkinder. Der Eintritt ins Leben ist die risikoreichste Phase im Lebenslauf. Durch ausreichende Prophylaxe können Früh Todesfälle und bleibende körperliche Schäden vermieden werden.

## **Gesetzentwurf für die Hilfe psychisch Kranker**

Ärztliche Untersuchungen am ersten Lebenstage und Früherkennungstests angeborener Stoffwechselstörungen sind wirksame Möglichkeiten zur Einleitung rechtzeitiger Behandlung angeborener Krankheiten und Schädigungen des Kindes während der Geburtsperiode und geeignet, bleibende geistige und körperliche Behinderung auszuschalten. Unermeßliches Leid für viele Eltern und Kinder und erhebliche Kosten für die Gesellschaft können so vermieden werden.

Das Leben in der heutigen Zivilisation überfordert nicht wenige Menschen oft bis über die Grenzen der seelischen Kräfte hinaus. Psychische Störungen nehmen zu. Um so mehr muß unsere Gesellschaft lernen, mit den psychisch Kranken zu leben. Sie dürfen nicht länger Stiefkinder der Gesellschaft sein. Aufgabe der gesundheitlichen Aufklärung ist es, die Vorurteile gegenüber dem psychisch kranken Mitbürger auszuräumen. Ein Gesetzentwurf über die Hilfe für psychisch Kranke ist in Vorbereitung. Sein Ziel ist, zu gewährleisten, daß jeder psychisch Kranke die Hilfe erhält, deren er zur Gesundheit und Wiedereingliederung bedarf.

Die Gesundheitspolitik steht leider oft im Schatten dessen, was man so gemeinhin die „Große Politik“ nennt. Notstandsgesetzgebung, Ostpolitik, wirtschaftliche Konjunktur beherrschen die Schlagzeilen der Presse. Das stellt aber keine Abwertung dar, denn Gesundheitspolitik läßt sich selten mit großen Schlagzeilen verbinden. Sicher, medizinische Großtaten, wie die Herztransplantation von Kapstadt vermögen wochenlang die Spalten der Zeitungen zu füllen; gesundheitliche Vorsorgemaßnahmen, die zum Ziele haben, die Notwendigkeit solcher Operationen womöglich zu vermeiden, wirken dagegen meistens im stillen. Sie sind aber, wenn sie rechtzeitig und in der richtigen Weise durchgeführt werden, imstande, unseren Mitbürgern die Leistungsfähigkeit zu erhalten, um auch das Leben in der Welt von morgen zu meistern.

Es ist hier und heute nicht möglich, alle die Maßnahmen aufzuzeigen, die zum Schutz des Menschen vor zunehmendem Lärm, verpesteter Luft und Verschmutzung unserer Gewässer notwendig sind.

## **Unterlassene Umwelthygiene verursacht später mehr finanziellen Aufwand**

Ohne Zweifel kosten die für den Schutz und die Erhaltung der Gesundheit notwendigen und die für die Heilung und Hilfe für kranke und behinderte Menschen medizinisch möglichen Maßnahmen Geld — ja sogar viel Geld.

Ebenso wichtig ist aber auch, daß durch mangelnde Gesundheitsvorsorge der Volkswirtschaft mehr Schaden entsteht und daß unterlassene Maßnahmen der Umwelthygiene später mehr finanziellen Aufwand verursachen. Außerdem bringt Krankheit Leid und Sorge, Gesundheit aber Glück und Freude, und schon deswegen lohnt es sich, einer aktiven Gesundheitspolitik Chancen zu geben. Ich bin der Auffassung, was gesundheitlich notwendig und medizinisch und technisch möglich ist, muß auch finanziell und rechtlich möglich gemacht werden.

## **Empfängnisregelung fördern**

In der sozialdemokratischen Bundesfrauenkonferenz wurde betont verlangt, daß moderne Sexualerziehung, rechtzeitige und vollständige Aufklärung und objektive Beratung über Empfängnisregelung von der SPD überall gefördert wird. Ich erlaube mir, auch hier auf den Gesundheitskompaß zu verweisen, der Eltern, Erziehern und jungen Menschen auch dabei helfen will.

Zu den konkreten Forderungen, die von der Bundesfrauenkonferenz der SPD betont erhoben worden sind, gehört außerdem die baldige Verabschiedung eines Ausbildungsförderungsgesetzes.

Dadurch sollen die Chancengleichheit, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die freie Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildung verbessert, die Bildungs- und Begabungsreserven auch bei Mädchen ausgeschöpft und der Anteil der Mädchen und Frauen an weiterführenden Ausbildungen und in qualifizierten Berufen erreicht werden.

Die Aufnahme der Ausbildungsförderung in den Katalog der Gemeinschaftsaufgaben bei der Finanzreform ist eine wichtige Voraussetzung dafür, kann aber bereits als gesichert gelten.

## **Verwirklichung der Hochschulreform**

Ebenso nachdrücklich verlangt die Bundesfrauenkonferenz ein modernes Berufsausbildungsgesetz, die stärkere Propagierung und praktische Verwirklichung der sozialdemokratischen Vorschläge zur Hochschulreform.

Die Konferenz begrüßt, daß die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht hat, durch den ein Anspruch auf Bildungsurlaub gesichert werden soll.

Sowohl zur Entlastung der berufstätigen Eltern als auch aus pädagogischen Gründen fordert die Konferenz, daß das Angebot an Kindergärten und Kindertagesstätten vermehrt und die Ganztagschule Wirklichkeit wird.

Damit die Gemeinden auch die notwendigen Sozialinvestitionen zur Verbesserung der Infrastruktur leisten können, wird die SPD in Bund und Ländern zu einer baldigen Verabschiedung der Finanzreform, die unbedingt eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden bringen muß, aufgefordert.

## **Die Welt von morgen: eine sozialistische Demokratie!**

In den Arbeitsgemeinschaften der Konferenz sind viele konkrete und differenzierte Vorschläge gemacht worden, durch die für die Menschen von heute das Leben lebenswerter sein kann und die Welt von morgen eine humane, sozialistische Demokratie werden kann, in der die Mitbestimmung und Mitwirkung niemand versagt ist. Wir sozialdemokratischen Frauen begreifen Politik als gesellschaftsgestaltende Kraft.

Wir wollen der schöpferischen Kraft der Menschen zur vollen Entfaltung verhelfen.

Wir wollen möglichst viele Menschen dafür gewinnen, daß sie mit uns den demokratischen Sozialismus zu einer ständigen Aufgabe der Gegenwart und Zukunft machen.

Bibliothek der FES



1123000

